

GI Leitsätze

Notarhaftung / Verjährung / Verjährungsbeginn / Schadenentstehung

1. Die Verjährung gem. § 852 Abs. 1 BGB beginnt nicht, solange nicht der Schadenersatzanspruch entstanden ist. Das setzt im Fall eines Delikts gegen das Vermögen regelmäßig den Eintritt eines Vermögensschadens – nicht nur einer Gefährdung – voraus.
2. Beurkundet ein Notar mehrere Kaufverträge desselben Verkäufers mit verschiedenen Käufern über unterschiedliche Teile eines Grundstücks, so beginnt die Verjährung von Amtshaftungsansprüchen grundsätzlich für jeden Vertrag gesondert.
3. Die durch § 852 Abs. 1 BGB vorausgesetzte Kenntnis muß u. a. diejenigen Tatumstände erfassen, aus denen sich ein Schaden ergibt.
4. Zur Pflicht des Notars, über die Genehmigungsbedürftigkeit nach § 2 GrdstVG und nach § 19 BBauG zu belehren.
5. Zur zivilrechtlichen Auswirkung der Genehmigungsbedürftigkeit nach § 2 GrdstVG und § 19 Abs. 2 BBauG auf Grundstückskaufverträge, wenn die Genehmigung – nur – für andere, gleichartige Verträge versagt worden ist.
6. Im Rahmen der Beurkundungstätigkeit ist der Notar nicht Erfüllungshilfe eines Beteiligten (Abgrenzung zu BGHZ 62, 119 (121 ff.) = VersR 74, 574 (575) und BGH VersR 84, 384 = NJW 84, 1748).
7. Ein Feststellungsinteresse für einen künftigen Anspruch auf Ersatz eines allgemeinen Vermögensschaden besteht regelmäßig nicht, solange der Eintritt irgendeines Schadens noch ungewiß ist und keine Verjährungsfrist läuft.

(BGH, Urt.v. 15. 10. 1992 – IX ZR 43/92 – VersR 1993, 358)

Steuerberaterkammer / Lohnsteuerberatung / Auslegen von Merkblättern

Das Auslegen und Verteilen von Merkblättern zur Lohnsteuerberatung durch eine Steuerberaterkammer (auch) in Finanzämtern mit Hinweisen darauf, daß die in den Merkblättern nach Namen, Anschriften und Rufnummern genannten Steuerberater, Steuerbevollmächtigten und Steuerberatungsgesellschaften zur Lohnsteuerberatung bereit seien, ist berufs- und wettbewerbswidrig.

(BGH, Urt.v. 6. 5. 1993 – I ZR 183/91 – StB 1993, 422)

Steuerberaterhaftung

- Aufklärungspflicht
- Kausalität
- Klarstellung der Rechtsprechung
- Anmerkung

(BHG, Urt. v. 30. 9. 1993 – IX ZR 73/93)

Leitsätze:

- In Verträgen mit rechtlichen Beratern gilt die Vermutung, daß der Mandant beratungsgemäß gehandelt hätte, nur, wenn nach der Lebenserfahrung bei vertragsgemäßer Leistung des Beraters lediglich ein bestimmtes Verhalten nahegelegen hätte.
- Diese Vermutung bewirkt keine Beweislastumkehr, sondern bildet einen Anwendungsfall des Anscheinsbeweises. Der rechtliche Berater kann ihn daher entkräften, indem er Tatsachen beweist, die für ein atypisches Verhalten des Mandanten sprechen.
- Ein Anscheinsbeweis zugunsten des Mandanten setzt nicht zwingend voraus, daß der rechtliche Berater eine bestimmte Empfehlung zu geben hatte. Ein Sachverhalt, der bei zutreffender Information nur **eine** Entscheidung sinnvoll erscheinen ließ, kann auch dann gegeben sein, wenn sich die Aufgabe des Beraters darauf beschränkte, die Rechtslage zu erläutern.

Tatbestand:

Die Klägerin und der Kaufmann N. waren Gesellschafter einer GmbH und einer OHG, die verschiedene Filmtheater betrieben. Als die Klägerin sich im Laufe des Jahres 1988 entschloß, demnächst aus den Gesellschaften auszuscheiden, wandte sie sich wegen der damit zusammenhängenden steuerlichen Fragen auf Anraten ihres Anwalts an den beklagten Steuerberater.

Am 24. 2. 1989 fand eine Besprechung statt, an der die Gesellschafter sowie deren Anwälte und Steuerberater teilnahmen. Bei dieser Gelegenheit erklärte sich N. bereit, der Klägerin im Falle ihres Ausscheidens eine Barabfindung von 90.000 DM zu zahlen, ihr negatives Kapitalkonto bei der OHG in Höhe von 106.496,16 DM auszugleichen sowie persönliche Darlehensverbindlichkeiten im Betrag von 243.128,25 DM zu übernehmen.

Mit dieser Lösung war die Klägerin einverstanden. Die Vereinbarung wurde mit notariellem Vertrag vom 27. 2. 1989 verbindlich.

Im Feststellungsbescheid für das Jahr 1989 behandelte das Finanzamt die Abfindung und die Freistellung als Veräußerungsgewinn der Klägerin und setzte später auf dieser Grundlage eine Einkommensteuer von 127.764 DM und eine Kirchensteuer von 11.498,76 DM fest. Die Bescheide sind bestandskräftig.

Die Klägerin behauptet, bei der Besprechung am 24. 2. 1989 habe der Beklagte auf die Frage, welcher Betrag ihr nach Abzug der Steuern verbleibe, erklärt, sie müsse lediglich mit einer Steuerbelastung von ca. 8.000 DM wegen der Barabfindung rechnen; die Befreiung von Verbindlichkeiten wirke sich steuerlich nicht aus. Hätte der Beklagte sie rechtlich zutreffend informiert, wäre sie auf das Angebot N. nicht eingegangen und als stille Gesellschafterin in beiden Gesellschaften verblieben. Zumindest wäre es ihr gelungen, eine wesentlich höhere Abfindungszahlung zu erhalten. Durch das Verhalten des Beklagten sei ihr ein Schaden entstanden, den sie zuletzt mit 122.735,89 DM (115.417,49 DM Steuerbelastung; 4.777 DM Stundungszinsen; 2.541,40 DM Steuerberaterkosten) angegeben hat.

Das Landgericht hat die Klage abgewiesen, das Berufungsgericht ihr mit Ausnahme eines Teils der Zinsen stattgegeben. Mit der Revision begehrt der Beklagte die Wiederherstellung der erstinstanzlichen Entscheidung.

Aus den Gründen:

Die Revision führt zur Aufhebung und Zurückverweisung.

I.

Das Berufungsgericht geht aufgrund der von ihm durchgeführten Beweisaufnahme davon aus, der Beklagte sei kraft des von der Klägerin erhaltenen Mandats verpflichtet gewesen, sie über die steuerrechtlichen Folgen der am 24. 2. 1989 besprochenen Auseinandersetzungsvereinbarung zu belehren. **Er habe die Auskunft erteilt, die Übernahme von Verbindlichkeiten durch N. stelle eine Umschuldung in der Privatsphäre der Klägerin ohne steuerrechtliche Bedeutung dar. Dies sei im Hinblick auf die Rechtsprechung des Bundesfinanzhofs zu §§ 34 Abs. 2 Nr. 1, 16 Abs. 1 Nr. 2 und Abs. 2 EStG rechtlich unzutreffend gewesen.** Der Beklagte habe auch schuldhaft gehandelt; denn er hätte wissen müssen, daß seine Auskunft mit der Rechtslage nicht in Einklang stand.

Dies läßt Rechtsfehler nicht erkennen und wird von der Revision hingenommen.

II.

Das Berufungsgericht meint weiter, infolge der Pflichtverletzung des Beklagten habe die Klägerin den geltend gemachten Schaden erlitten. Der Beklagte müsse seine Behauptung, es fehle an der Kausalität zwischen der Pflichtverletzung und dem Schaden, beweisen, weil er vertragliche Aufklärungs- und Beratungspflichten verletzt habe. Den Beweis, daß die Klägerin auch bei zutreffender Beratung aus beiden Gesellschaften ausgeschieden wäre, habe er nicht geführt.

Dagegen wendet sich die Revision mit Erfolg.

1. Grundsätzlich hat der Geschädigte den Ursachenzusammenhang zwischen der Vertragsverletzung und dem Schaden als anspruchsbegründende Voraussetzung darzutun und nachzuweisen.

In der **Rechtsprechung zum Kauf- und Werkvertragsrecht** wurde indes der Grundsatz entwickelt, daß **derjenige, der eine vertragliche Aufklärungs- oder Beratungspflicht verletzt, das Risiko der Unaufklärbarkeit des Ursachenzusammenhangs insoweit zu tragen habe, als es um die Frage geht, wie der andere Teil gehandelt hätte, wenn er pflichtgemäß ins Bild gesetzt worden wäre** (BGHZ 61, 118, 122; 64, 46, 51). Diese Beweislastregel wurde in der Folgezeit auch bei anderen Vertragstypen angewandt (vgl. BGHZ 72, 92, 106; 89, 95, 103; BGH, Urt. v. 1. 7. 1980 – VI ZR 11/79, NJW 1980, 2186, 2187; v. 28. 11. 1983 – II ZR 72/83, NJW 1984, 1688, 1689; v. 31. 5. 1990 – VII ZR 340/88, NJW 1990, 2461, 2463 = GI 90, 221).

Die Beweislastumkehr soll allerdings nicht generell, sondern nur dort gelten, wo die Aufklärungs-, Hinweis- oder Beratungspflichten gerade dazu dienen, dem Vertragsgegner ein bestimmtes Risiko bewußt zu machen und ihm Klarheit zu geben, ob er an der ins Auge gefaßten Maßnahme festhalten will. Unter dieser Voraussetzung entspricht es dem Schutzzweck der verletzten Pflicht, dem Berechtigten die auftretende Beweisnot abzunehmen (vgl. BGHZ 61, 118, 121; 64, 46, 51; BGH, Urt. v. 1. 7. 1980 – VI ZR 112/79, NJW 1980, 2186, 2187; v. 1. 10. 1987 – IX ZR 117/86, NJW 1988, 200, 203 = GI 88, 100). **Demzufolge hat der Bundesgerichtshof gerade bei Dienst- und Geschäftsbesorgungsverträgen eine Umkehr der Beweislast abgelehnt, wenn nicht der Rat zu einer bestimmten Maßnahme geschuldet war und im Falle erhaltener Aufklärung mehrere, vom Ansatz her gleichwertige, aber mit unterschiedlichen Folgen verbundene Möglichkeiten vernünftigen Verhaltens bestanden** (BGH, Urt. v. 2. 12. 1980 – VI ZR 175/78, NJW 1981, 630, 632; v. 1. 10. 1987 – IX ZR 117/86, NJW 1988, 200, 203 = GI 88, 100; v. 28. 3. 1989 – VI ZR 157/88, NJW 1989, 2320, 2321).

2. a) Aus dieser Rechtsprechung wurde **im Anwalts- und Steuerberatervertragsrecht** die Regel entwickelt, **bei Verstößen gegen die Beratungspflicht spreche zu Gunsten des Mandanten die Vermutung, dieser hätte sich bei vertragsgrechtem Handeln des Beauftragten beratungsgemäß verhalten** (BGH, Urt. v. 29. 3. 1983 – VI ZR 172/81, NJW 1983, 1665, 1666; v. 30. 10. 1984 – IX ZR 6/84, VersR 1985, 83, 85; v. 6. 2. 1992 – IX ZR 95/91, NJW 1992, 1159, 1160 = GI 92, 115; v. 7. 5. 1992 – IX ZR 151/91, NJW-RR 1992, 1110 = GI 92, 209). Auch dieser Grundsatz kommt nur zur Anwendung, wenn im Hinblick auf die Interessenlage oder andere objektive Umstände eine bestimmte EntschlieÙung des zutreffend informierten Mandanten mit Wahrscheinlichkeit zu erwarten wäre. Voraussetzung sind danach tatsächliche Feststellungen, die im Falle sachgerechter Aufklärung durch den rechtlichen Berater aus der Sicht eines vernünftig urteilenden Mandanten eindeutig eine bestimmte tatsächliche Reaktion nahegelegt hätten (vgl. auch Senatsurt. v. 1. 10. 1987 – IX ZR 117/86, NJW 1988, 200, 203). **Die Beweiserleichterung zugunsten des Mandanten gilt also nicht generell. Sie setzt einen Tatbestand voraus, bei dem der Ursachenzusammenhang zwischen der Pflichtverletzung des Beraters und einem bestimmten Verhalten seines Mandanten typischerweise gegeben ist, beruht also auf Umständen, die nach der Lebenserfahrung eine bestimmte tatsächliche Vermutung rechtfertigen** (vgl. Senatsurt. v. 30. 10. 1984 – IX ZR 6/84, VersR 1985, 83, 85; v. 6. 2. 1992 – IX ZR 95/91, NJW 1992, 1159, 1160 = GI 92, 115).
- b) Eine auf die Typizität eines bestimmten Geschehensablaufs gegründete Beweisregel rechtfertigt keine volle Beweislastumkehr; denn die Beweiserleichterung beruht hier auf Erfahrungssätzen, die im Einzelfall erschüttert werden können, wenn die konkrete Möglichkeit eines anderen Kausalverlaufs dargetan und bewiesen wird. Bei der Vermutung, um die es hier geht, handelt es sich folglich um einen Anwendungsfall des Anscheinsbeweises (vgl. zur Notarhaftung Senatsurt. v. 9. 7. 1992 – IX ZR 209/91, NJW 1992, 3237, 3241 = GI 82, 344; v. 27. 5. 1993 – IX ZR 66/92, WM 1993, 1513, 1516). Diese Auffassung wird in neuerer Zeit auch im Schrifttum zunehmend vertreten (Baumgärtel/Laumen, Handbuch der Beweislast 2. Aufl. § 675 BGB Rdnr. 20 ff; Rinsche, Die Haftung des Rechtsanwalts und des Notars 4. Aufl. Rdnr. 1310; Heinemann NJW 1990, 2345, 2352; ähnlich Vollkommer, Anwaltshaftungsrecht Rdnr. 510, 517, 527). Dabei wird zutreffend darauf hingewiesen, daß die Berücksichtigung von Lebenserfahrung und Wahrscheinlichkeit zur Beweiswürdigung, nicht zum Bereich der grundsätzlich normbezogenen Beweislast-

umkehr gehören und deshalb bei der Anwendung des Anscheinsbeweises ihren Platz haben (Rosenberg/Schwab, Zivilprozeßrecht 14. Aufl. S. 720; Vollkommer, Festschrift für Baumgärtel S. 585, 593 ff.).

- c) Nur eine solche Betrachtungsweise gelangt zu einer angemessenen Risikoverteilung zwischen dem rechtlichen Berater und seinem Mandanten, wenn sich dessen Reaktion auf vertragsgemäße Erfüllung der Hinweis- und Beratungspflichten nicht mehr klären läßt. **Im Gegensatz zu Vertragsarten, die durch ein typisches Interesse und Verhalten desjenigen, der Information und Aufklärung benötigt, gekennzeichnet sind – beispielsweise Verträge über den Erwerb eines Gegenstandes oder einer Leistung –, wird der mit einem rechtlichen Berater geschlossene Vertrag häufig so sehr durch die besonderen Umstände des Einzelfalles geprägt, daß erst deren Einbeziehung erkennen läßt, ob Raum ist für eine Vermutung, die das tatsächliche Verhalten des Mandanten betrifft. Das Feld der in Betracht kommenden Rechtsfragen ist praktisch unübersehbar; deren Bedeutung wird oft maßgeblich von Umständen aus der Sphäre des Ratsuchenden geprägt, die geeignet sind, die von ihm zu treffenden Entschlüsse wesentlich mitzubestimmen. Daher ist es geboten, die Vermutung des beratungsgemäßen Verhaltens auf Sachverhalte zu beschränken, die nach der Lebenserfahrung aufgrund objektiv deutlich für eine bestimmte Entscheidung sprechender Umstände einer typisierenden Betrachtungsweise zugänglich sind. Der rechtliche Berater wäre zudem unbillig benachteiligt, wenn er die zu seinen Lasten gehende Vermutung nur durch den vollen Gegenbeweis entkräften könnte, weil er dann häufig Tatsachen beweisen oder widerlegen müßte, die ganz oder vorwiegend im Einfluß- und Kenntnisbereich seines Auftraggebers liegen. Damit wäre er in aller Regel überfordert, so daß eine zugunsten des Mandanten geltende Vermutung im Ergebnis praktisch unwiderlegbar wäre. Es muß daher genügen, wenn Umstände aus seiner Sphäre feststehen, die darauf hindeuten, er hätte im konkreten Fall eine andere als die der Vermutung entsprechende Entscheidung getroffen. Beweist der rechtliche Berater solche Tatsachen, die einen atypischen Kausalverlauf möglich erscheinen lassen, ist es dem Mandanten zumutbar, nunmehr selbst den Beweis zu führen, wie er bei sachgerechter Aufklärung oder Beratung reagiert hätte.**
- d) Nach der Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs soll es allerdings grundsätzlich keinen Anscheinsbeweis für individuelle Verhaltensweisen von Menschen in bestimmten Lebenslagen geben (BGHZ 31, 351, 357; 100, 214, 216; BGH, Urt. v. 25. 3. 1953 – II ZR 146/52, LM ZPO § 286 (C) Nr. 11; v. 10. 11. 1959 – VIII ZR 154/58, LM ZPO § 286 (C) Nr. 42 a;

v. 20. 9. 1968 – V ZR 137/65, NJW 1968, 2139; v. 26. 1. 1983 – IV b ZR 344/81, NJW 1983, 1548, 1551). Ob an dieser Auffassung, die im Schrifttum teilweise bekämpft wird (Lepa, Festschrift für Franz Merz S. 387, 399; Prütting, Karlsruher Forum 1989, S. 13; Walter ZZP 90, 270, 278 ff), festzuhalten ist, bedarf hier keiner Entscheidung. Der Bundesgerichtshof hat diesen Rechtssatz schon in der Vergangenheit als eine Regel verstanden, die Ausnahmen zuläßt, und daher in einzelnen Entscheidungen persönliche Willensmomente aufgrund eines Anscheinsbeweises bejaht (vgl. BGH, Urt. v. 12. 11. 1957 – VIII ZR 311/56, NJW 1958, 177; v. 26. 3. 1962 – II ZR 151/60, NJW 1962, 1099, 1100; v. 20. 3. 1967 – VIII ZR 288/64, NJW 1967, 1222, 1223; v. 7. 2. 1975 – VII ZR 93/73, NJW 1974, 795, 796).

Dies muß insbesondere dann möglich sein, wenn es darum geht, wie der Mandant bei sachgerechter Aufklärung gehandelt hätte. **Wer sich an einen Rechtsanwalt oder Steuerberater wendet, tut dies gewöhnlich in der Absicht, die für sich selbst günstigste Lösung in einer rechtlichen Angelegenheit zu finden. Er erwartet von der Person, die er aufgesucht hat, besondere Sachkunde und ist in der Regel bereit, ihr Vertrauen entgegenzubringen und die erhaltenen Hinweise zu beachten. Es gehört gerade zu den typischen Aufgaben des rechtlichen Beraters, durch eine Empfehlung oder eine sachliche Information die notwendige Grundlage für eine persönliche Entscheidung seines Auftraggebers zu liefern.** Ist die geschuldete Leistung in solcher Weise auf eine individuelle Willensentschließung des Auftraggebers bezogen, wird nicht selten im Falle zutreffender Information bei vernünftiger Betrachtungsweise nur **eine** Entscheidung sinnvoll erscheinen. Hätte dies für den Mandanten nach einer fehlerfrei erteilten Beratung zweifelsfrei zutage gelegen, so hätte er nach der Lebenserfahrung den für ihn eindeutig vorteilhaftesten Weg gewählt. Dann ist ein Sachverhalt gegeben, der es rechtfertigt, von einem typischen Geschehensablauf auszugehen und infolgedessen die Grundsätze des Anscheinsbeweises anzuwenden.

- e) **Soweit frühere Urteile dem rechtlichen Berater, der die ihm obliegende Hinweis- und Aufklärungspflichten verletzt hatte, den vollen Beweis dafür auferlegt haben, wie sich der Mandant bei vertragsgerechter Leistung entschieden hätte** (vgl. BGH, Urt. v. 30. 9. 1981 – IV a ZR 288/80, ZIP 1981, 1213, 1215; v. 28. 11. 1984 – IV a ZR 224/82, WM 1985, 319 = GI 9/85; v. 17. 10. 1989 – XI ZR 158/88, NJW 1990, 827, 828 = GI 90, 73; v. 29. 3. 1990 – IX ZR 24/88, NJW 1990, 2127, 2128), **stimmt der Senat dem nicht zu.** Einer Vorlage an den Großen Senat für Zivilsachen bedarf es nicht, weil die Beurteilung nur Verträge mit rechtlichen Beratern betrifft

und der Senat für dieses Gebiet nach dem Geschäftsverteilungsplan inzwischen allein zuständig ist.

3. Danach besteht im Streitfall kein Raum für die vom Berufungsgericht zugunsten der Klägerin vorgenommene Beweislastumkehr. Auch der Anscheinsbeweis spricht nicht dafür, daß die fehlerhafte Rechtsauskunft des Beklagten für den behaupteten Schaden der Klägerin ursächlich geworden ist.

- a) Ein Prima-facie-Beweis zugunsten der Klägerin scheidet allerdings nicht schon deshalb aus, weil der Beklagte ihr nicht zu empfehlen hatte, ob sie die Auseinandersetzungsvereinbarung annahm oder ablehnte, **er vielmehr lediglich die steuerliche Information zu liefern hatte, die die Klägerin für eine sachgerechte Abwägung bei der von ihr zu treffenden freien Entscheidung benötigte.**

Auch dann, wenn die Verpflichtung des rechtlichen Beraters inhaltlich in solcher Weise eingegrenzt ist, kann ein Sachverhalt gegeben sein, der bei zutreffender rechtlicher Auskunft vom Standpunkt eines vernünftigen Betrachters aus allein **eine** Entscheidung möglich oder sinnvoll erscheinen läßt. Unter dieser Voraussetzung ist der Auftraggeber in gleicher Weise schutzwürdig wie bei einem Auftrag, der den rechtlichen Berater verpflichtet, Empfehlungen für eine bestimmte Entschließung zu erteilen (a. A. wohl Baumgärtel/Laumen, § 675 BGB Rdnr. 22). Der Senat hat daher schon bisher nicht danach differenziert, ob der Berater nach dem Vertragsinhalt Einfluß auf die Entscheidung des Mandanten nehmen sollte oder nur eine rechtliche Auskunft schuldete (vgl. Senatsurt. v. 6. 2. 1992 – IX ZR 95/91, NJW 1992, 1159, 1160 = GI 92, 115).

- b) Indes fehlt es schon an einem Sachverhalt, der die Vermutung rechtfertigt, die Klägerin wäre, wenn sie die mit der Vereinbarung vom 27. 2. 1989 verbundene Steuerbelastung rechtzeitig erfahren hätte, in der Gesellschaft verblieben.

Auch unter Berücksichtigung der tatsächlichen steuerlichen Belastung hat die Klägerin durch die Auseinandersetzungsvereinbarung geldwerte Zuwendungen in Höhe von etwa 325.000 DM erhalten. Das Berufungsgericht hat keine Feststellungen getroffen, die die Annahme rechtfertigen, die Klägerin stünde sich heute vermögensmäßig eindeutig günstiger, wenn sie in den Gesellschaften als stille Gesellschafterin verblieben wäre. Die Klägerin hat zudem selbst vorgetragen, es sei ihr Wunsch gewesen, die Gesellschaft zu verlassen, weil sie eine Familie habe gründen wollen. Ihre Behauptung,

bei Kenntnis der wahren Steuerlast wäre sie nicht ausgeschieden, ist durch keine Tatsachen erhärtet, die geeignet sind, eine entsprechende Vermutung zu begründen. **Besteht nicht nur eine einzige verständige Entschlußmöglichkeit, sondern kommen verschiedene Handlungsweisen ernsthaft in Betracht und bergen sämtliche gewisse Risiken in sich, die zu gewichten und den Vorteilen gegenüber abzuwägen sind, ist kein Raum für einen Anscheinsbeweis** (Senatsurt. v. 9. 7. 1992 – IX ZR 209/91, NJW 1992, 3237, 3241 = GI 92, 344 zur Notarhaftung).

- c) **Im übrigen hat der Beklagte Tatsachen vorgetragen, die – eine Vermutung zugunsten der Klägerin unterstellt – geeignet sind, sie zu entkräften.** Er hat behauptet, wegen eines zwischenzeitlichen Zerwürfnisses mit N. sei vorgesehen gewesen, daß die Klägerin auf jeden Fall aus der Gesellschaft ausscheidet. Nach den Angaben des Zeugen Dr. P. bestanden am 24. 2. 1989 zwischen der Klägerin und N. Spannungen. Der Zeuge Rechtsanwalt Sch., der damals die Interessen N. vertrat, bekundete, **er und N. seien sich im Jahre 1989 einig gewesen, daß die Klägerin die Gesellschaft verläßt.** Der Zeuge N. berichtete, die Beziehungen zur Klägerin seien seinerzeit gestört gewesen, weil diese zwei Schecks der Gesellschaft für private Belange verwendet habe. Schließlich erklärte der Zeuge M., der damalige Steuerberater N., man habe wegen des gestörten Vertrauensverhältnisses alles daran setzen wollen, die Klägerin loszuwerden, und beabsichtigt, sie bei einem Scheitern der Einigung auszuschließen. **Sind diese Aussagen glaubhaft – wovon mangels gegenteiliger tatrichterlicher Feststellungen für den Revisionsrechtszug auszugehen ist – hat der Beklagte einen eventuellen Anscheinsbeweis entkräftet.**

III.

Das angefochtene Urteil ist daher aufzuheben. Zur Prüfung der Frage, ob die Klägerin ihre Behauptung zu beweisen vermag, sie wäre bei zutreffender steuerlicher Information durch den Beklagten in den Gesellschaften verblieben, muß die Sache neu verhandelt werden.

Sollte der Klägerin dieser Beweis gelingen, wird das Berufungsgericht zu beachten haben, daß die Ausführungen im angefochtenen Urteil zur Schadenhöhe rechtlich nicht haltbar sind. Ist davon auszugehen, die Klägerin wäre bei vertragsgerechter Leistung in den Gesellschaften verblieben, kann der **Schaden** nicht auf die Weise berechnet werden, daß lediglich die tatsächliche Steuerbelastung mit derjenigen bei Ablehnung der Vereinbarung vom 27. 2. 1989 verglichen wird. Vielmehr werden in diesem Falle – **unter Beachtung des § 287 ZPO – dem wirtschaftlichen Gesamtergebnis der Vereinbarung vom 24. 2. 1989 umfassend diejenigen**

finanziellen Folgen gegenüberzustellen sein, die sich für die Klägerin bei einem Verbleib in der Gesellschaft mutmaßlich ergeben hätten.

Kann die Klägerin dagegen den Beweis nicht führen, daß sie die Gesellschaft mit N. fortgesetzt hätte, kommt es auf die Behauptung an, die Gesellschafter hätten sich auf eine höhere Abfindung geeinigt, wenn der Beklagte die steuerrechtlichen Folgen der Vereinbarung damals zutreffend dargestellt hätte.

Anmerkung:

Die BGH-Entscheidung differenziert die Kausalitätsbetrachtung im Bereich der Beraterhaftung.

Bisher galt der Grundsatz, daß bei Verletzung einer Beratungspflicht der Schädiger die Darlegungs- und Beweislast dafür trägt, daß sich der Verletzte bei pflichtgemäßer Belehrung auch nicht anders verhalten hätte, als er dies nach der fehlerhaften Belehrung tat. (Einwand des rechtmäßigen Alternativverhaltens). Dieser Grundsatz galt sowohl im Bereich der Rechts- und Steuerberatung, als auch im Bereich der Kapitalanlagen und für die Falschberatung eines Arztes (BGH v. 29.3.1990 – IX ZR 24/88 NJW 1990, 2127; v. 8.6.1978 – III ZR 136/76 NJW 1978, 2145; v. 6.4.1981 – II ZR 84/80 NJW 1981, 1440; v. 18.4.1984 – IVa ZR 121/82 Gl 18/84).

Der IX. Zivilsenat hatte bereits in seinem Urteil zur Notarhaftung vom 9.7.1992 – IX ZR 209/91 – Gl 1993, 16 f. = NJW 1992, 3237 die differenzierende Betrachtungsweise zur Kausalität im Bereich der Beraterhaftung begonnen.

In Zukunft wird zu untersuchen sein, ob bei vernünftiger Betrachtungsweise nur eine ganz bestimmte Reaktion des Mandanten als sinnvoll erscheint oder ob Umstände aus seiner Sphäre darauf hindeuten, daß er im konkreten Fall auch eine andere Entscheidung hätte treffen können. Wenn es dem Berater gelingt, durch Zeugen oder Urkunden einen atypischen Kausalverlauf als möglich erscheinen zu lassen, fällt dem Mandanten die Darlegungs- und Beweislast „auf die Füße“. Er muß substantiiert vortragen und entsprechende Nachweise erbringen, wie er bei sachgerechter Beratung sich verhalten hätte.

Diese Rechtsprechungsänderung wird zu sachgerechten Ergebnissen führen.

Ordnungsgemäße Unterschrift

– Handzeichen

(BGH, Urt. v. 22.10.1992 – V ZR 112/92)

Leitsatz:

Ob ein Schriftzeichen eine Unterschrift oder lediglich eine Abkürzung (Handzeichen, Paraphel) darstellt, ist nach dem äußeren Erscheinungsbild zu beurteilen. Der Wille des Unterzeichnenden ist nur insoweit von Bedeutung, als er in dem Schriftzug seinen Ausdruck gefunden hat.

Aus den Gründen:

.....

Rechtsmittelbegründungsschriften müssen als bestimmende Schriftsätze im Anwaltsprozeß von einem beim Rechtsmittelgericht zugelassenen Rechtsanwalt unterzeichnet sein. Mit der Unterschrift wird der Nachweis geführt, daß der Anwalt sich den Inhalt der Rechtsmittelbegründungsschrift zu eigen macht und die Verantwortung dafür übernimmt (st. Rspr., vgl. BGHZ 97, 251, 253).

Was unter einer „Unterschrift“ zu verstehen ist, ergibt sich aus dem Sprachgebrauch und dem Zweck der Formvorschrift. Eine Unterschrift setzt danach ein aus Buchstaben einer üblichen Schrift bestehendes Gebilde voraus, das nicht lesbar zu sein braucht. Erforderlich, aber auch genügend, ist das Vorliegen eines die Identität des Unterschreibenden ausreichend kennzeichnenden individuellen Schriftzuges, der einmalig ist, entsprechende charakteristische Merkmale aufweist, sich als Wiedergabe eines Namens darstellt und die Absicht einer vollen Unterschriftsleistung erkennen läßt.

Handzeichen, die allenfalls einen Buchstaben verdeutlichen, sowie Unterzeichnungen mit einer Buchstabenfolge, die erkennbar als bewußte und gewollte Namensabkürzung erscheint, stellen demgegenüber keine formgültige Unterschrift dar. Dies entspricht der ständigen Rechtsprechung des Bundesgerichtshofes (vgl. Beschl. v. 11.10.1984, X ZB 11/84, NJW 1985, 1227; Beschl. v. 29.10.1986, IVa ZB 13/86, BGHR ZPO § 130 Nr. 6 – Unterschrift 2; Urt. v. 9.11.1988, I ZR 149/87, NJW 1989, 588; Beschl. v. 8.10.1991 XI ZB 6/91, NJW 1992, 243 jeweils m.w.N.). **Nicht einheitlich beurteilt wird lediglich die Frage, ob zur Unterschrift gehört, daß mindestens einzelne Buchstaben erkennbar sind, weil es sonst an dem Merkmal einer Schrift überhaupt fehle** (so BGH, Beschl. v. 11.10.1984, X ZB 11/84,

a.a.O.; a.A. Beschl. v. 8.10.1991, XI ZB 6/91, a.a.O., jeweils m.N.J. Diese Frage bedarf hier jedoch keiner Entscheidung, weil es sich bei dem Schriftgebilde unter der Berufungsbegründungsschrift eindeutig nur um eine Unterzeichnung mit einer Buchstabenfolge handelt, die sich erkennbar als bewußte und gewollte Namensabkürzung darstellt und deswegen dem Formerfordernis nicht genügt.

Ob ein Schriftzeichen eine Unterschrift oder lediglich eine Abkürzung (Handzeichen, Paraphe) darstellt, beurteilt sich nach dem äußeren Erscheinungsbild (BGH, Urt. v. 11. 2. 1982, III ZR 39/81, NJW 1982, 1467; Urt. v. 20. 11. 1986, III ZR 18/86, BGHR ZPO § 130 Nr. 6 – Unterschrift 1). Der Wille des Unterzeichnenden ist nur insoweit von Bedeutung, als er in dem Schriftzug seinen Ausdruck gefunden hat.

Dem äußeren Erscheinungsbild nach handelt es sich bei dem Schriftzeichen unter der Berufungsbegründung um ein „M“ und um ein „D“ mit einem anschließenden Aufwärtshaken. Hinter beiden Schriftzeichen findet sich deutlich abgesetzt ein Punkt. Darin unterscheidet sich die Buchstabenfolge von der unter der Berufungsschrift. Dort ist hinter dem „M.“ der Nachname bis zum vierten Buchstaben deutlich ausgeschrieben, bevor er nach einem Aufwärtshaken ausläuft. Eine ähnliche Unterschrift findet sich auch unter dem Schriftsatz v. 24. 1. 1992. Dort weist der Nachname des Prozeßbevollmächtigten ebenfalls nicht nur den Anfangsbuchstaben mit einem Aufwärtshaken, sondern zumindest zwei weitere als Buchstaben erkennbare Schriftzüge auf, bevor diese in einem Aufwärtshaken auslaufen. Soweit die Revision demgegenüber geltend macht, die Unterschriften unter der Berufungsbegründung und der Berufungsschrift seien gleich, und hierzu auf ein als Anlage überreichtes Exemplar der Berufungsschrift Bezug nimmt, handelt es sich bei den dort befindlichen Schriftzeichen eindeutig nicht um diejenigen, die sich auf dem bei Gericht eingereichten Schriftsatz befinden, sondern um ein hiervon abweichendes Schriftgebilde, das tatsächlich den Schriftzeichen unter der Berufungsbegründung ähnelt. Gerade diese Ähnlichkeit der Schriftzeichen auf dem Original der Berufungsbegründung mit denen auf dem offensichtlich in den Handakten des Prozeßbevollmächtigten verbliebenen Exemplar der Berufungsschrift und der Gegensatz zur Unterschrift unter der in den Gerichtsakten befindlichen Berufungsschrift beweist aber, daß die Berufungsbegründung nicht wie die Berufungsschrift die Unterschrift des Prozeßbevollmächtigten trägt, sondern nur dessen Handzeichen. Daß sich diese Schriftzeichen auch noch an anderer Stelle in den Akten finden, am deutlichsten unter dem Schriftsatz v. 3. 6. 1991, ändert nichts an ihrer Einordnung als Handzeichen aufgrund des äußeren Erscheinungsbildes. Deswegen kommt es auch auf den unter Beweis gestellten Willen des

Prozeßbevollmächtigten, bestimmende Schriftsätze generell nur mit seiner vollen Unterschrift zu unterzeichnen, nicht an. Denn dieser Wille hat in den Schriftzeichen unter der Berufungsbegründung keinen Ausdruck gefunden. Im übrigen ließe ein solcher Wille auch nicht den von der Revision damit verknüpften Schluß zu, der Prozeßbevollmächtigte habe auch im vorliegenden Fall die Berufungsbegründung nicht abzeichnen, sondern unterschreiben wollen. **Wer – wie hier der Prozeßbevollmächtigte des Klägers – keinen einheitlichen Schriftzug zur Ab- oder Unterzeichnung eines Schriftstückes verwendet, läuft das Risiko, im Drang der Geschäfte versehentlich auch einmal einen bestimmenden Schriftsatz bloß abzuzeichnen.** Unerheblich ist auch, daß der Prozeßbevollmächtigte noch nie auf die Bedenken gegen die Anerkennung der unter der Berufungsschrift verwandten Zeichen als Unterschrift hingewiesen worden ist. **Ein solcher Hinweis wäre nur dann erforderlich gewesen, wenn derselbe Spruchkörper diese Form der Unterschrift längere Zeit nicht beanstandet hätte** (BVerfG NJW 1988, 2787). Das Vorliegen dieser Voraussetzung hat das Berufungsgericht aber verneint und die Revision nicht näher dargelegt.

Honoraranspruch

- Pauschalhonorar
 - Aufrechnung mit Honorarforderungen
- (OLG Düsseldorf, Urt.v. 15. 7. 1993 – 13 U 245/92)

Leitsätze:

1. Die im Gesetz vorgeschriebene Schriftform für die Vereinbarung eines Pauschalhonorars (§ 14 Abs. 1 Satz 2 StBGebV) ist auch bei einer langjährigen Bekanntschaft zwischen dem Steuerberater und dem Mandanten zu beachten.
2. Der Steuerberater kann mit einer – mangels einer ordnungsgemäßen Rechnungslegung – nicht voll wirksamen und fälligen Honorarforderung nicht gegen einen Anspruch des Mandanten aufrechnen.

Aus den Gründen:

1. Unstreitig stehen der Beklagten aufgrund des Leasingsvertrages v. 12. 1. 1989 die monatlichen Mietzinsraten über 663,57 DM ab Februar

1989 für die Dauer von 23 Monaten zu. Dies ergibt eine Gesamtforderung von 15.262,11 DM.

2. a) Zur Aufrechnung geeignete Honoraransprüche haben dem Kläger lediglich in Höhe von 2.891,04 DM zugestanden. Mit dieser Forderung hat es folgende Bewandnis: Der Kläger, der die Beklagte in steuerlichen Angelegenheiten beraten hat, fertigte den Jahresabschluß 1988 an und berechnete für diese Leistung am 16. 9. 1989 ein Honorar von insgesamt 7.451,04 DM. Hierauf zahlte die Beklagte 4.560 DM, so daß zunächst ein Restbetrag von 2.891,04 DM offen blieb. Gegenüber diesem Anspruch erklärte die Beklagte die Aufrechnung mit einem entsprechenden Teilbetrag aus der eingangs erwähnten Mietzinsforderung.

- b) Darüber hinausgehende einklagbare Honoraransprüche stehen dem Kläger derzeit nicht zu.

Dabei kann zugunsten des Klägers unterstellt werden, daß dieser in der Zeit von Februar 1988 bis Dezember 1988, also für die Dauer von elf Monaten, die monatliche laufende Buchhaltung für den Betrieb der Beklagten erstellt hat. Für diese Tätigkeit steht ihm jedoch ein fälliger Honoraranspruch nicht zu. Die vom Kläger behauptete **Pauschalhonorarvereinbarung**, nach deren Inhalt er eine monatliche Pauschalvergütung von 1.000 DM netto zu beanspruchen hatte, ist gemäß § 125 S. 1 BGB nichtig, weil die nach § 14 Abs. 1 S. 2 StBGebV erforderliche Schriftform, wie der Kläger auf entsprechende Anfrage des Senats mitgeteilt hat, nicht gewahrt wurde. Daß die Parteien aufgrund der seit vielen Jahren bestehenden guten Bekanntschaften davon abgesehen haben, eine schriftliche Vereinbarung zu treffen, vermag die vom Gesetz vorgeschriebene Schriftform für die Vereinbarung eines Pauschalhonorars nicht zu ersetzen.

- c) Mangels einer wirksamen Pauschalvereinbarung ist der Kläger allerdings **nicht gehindert, seine Tätigkeit unter Beachtung von §§ 33, 9, 10 StBGebV abzurechnen**. Bisher liegt eine solche Berechnung indessen nicht vor, so daß ein etwaiger Honoraranspruch des Klägers für die im Jahre 1988 geleistete Buchführungstätigkeit nicht fällig ist. Mit einem möglicherweise bestehenden, jedenfalls aber nicht fälligen Anspruch kann der Kläger nicht wirksam aufrechnen. **§ 387 BGB setzt voraus, daß die zur Aufrechnung gestellte Gegenforderung im Zeitpunkt der Aufrechnungserklärung voll wirksam und fällig ist** (Palandt/Heinrichs, § 387 BGB, Rdnr. 2):

Honoraranspruch des Steuerberaters

– Einforderbarkeit, § 9 StBGebV

– neue Rechnung

– Mittelgebühr

(OLG Düsseldorf, Urt. v. 6. 5. 1993 – 13 U 86/91)

Leitsätze (d. Verf.):

1. Eine nicht ordnungsgemäße Rechnung wird nicht durch Nachholung von Einzelangaben im Honorarprozeß einforderbar (§ 9 StBGebV). Der Steuerberater kann aber eine neue ordnungsgemäße Rechnung erstellen.
2. Die Gebührenforderung des Steuerberaters bemißt sich im Regelfall an der Mittelgebühr (hier: Buchführung, Einkommensteuererklärung).

Aus den Gründen:

Dem Kläger steht aus seiner Tätigkeit als Steuerberater gegen den Beklagten ein Honoraranspruch in Höhe von 3.809,37 DM zu. Soweit er im Rechtsstreit seine Forderung zunächst auf der Grundlage einer angeblichen Pauschalvereinbarung verfolgt hat, hält er den zugrunde liegenden Rechtsstandpunkt nicht weiter aufrecht. – Die Berechnung der Forderung aufgrund der Steuerberatergebührenverordnung, wie sie im Schreiben des Klägers v. 2. 2. 1990 enthalten ist, entsprach nicht den Anforderungen einer **ordnungsgemäßen Rechnungserteilung gemäß § 9 StBGebV**. Deshalb hat das Landgericht zu Recht den Standpunkt vertreten, der Kläger habe keine ordnungsgemäße Rechnung erteilt und könne sein Honorar nicht einfordern. Der Kammer ist weiter darin zu folgen, daß in späteren Schreiben oder Schriftsätzen enthaltene Erläuterungen die Erteilung einer den Mindestanforderungen entsprechenden Gebührenrechnung nicht zu ersetzen vermögen. Der Kläger verschließt sich dieser Ansicht letztlich nicht. Deshalb hat er im Anschluß an das erstinstanzliche Urteil dem Beklagten zwei neue, nunmehr ordnungsgemäß unterschriebene und den Erfordernissen des § 9 StBGebV genügende Rechnungen erteilt und diese dem Beklagten mit Schreiben vom 13. 5. 1991 zugeleitet.

Dies ist rechtlich nicht zu beanstanden, obwohl zu dieser Zeit das klageabweisende erstinstanzliche Urteil v. 29. 1. 1991 bereits ergangen war. **Zwar ist eine schriftliche Nachholung von Einzelangaben für eine bisherige nicht ordnungsgemäße Rechnung im Rechtsstreit nicht zulässig. Ein Steuer-**

berater ist indes nicht gehindert, eine vollkommen neue und nunmehr den Vorschriften der Steuerberatergebührenverordnung entsprechende neue Rechnung zu erteilen. Dies hat der Kläger getan, so daß nur noch die sachliche Berechtigung des in den beiden neuen Rechnungen geltend gemachten Gebührenanspruchs zu prüfen ist. Zu der Frage, ob dieses neue Honorar des Klägers für die erbrachten Leistungen zutreffend nach der Steuerberatergebührenverordnung erfolgt und angemessen ist, hat der Senat sich sachverständiger Hilfe bedient durch Einholung eines schriftlichen Sachverständigengutachtens des Dipl.-Volkswirts, Wirtschaftsprüfers und Steuerberaters vom 30. 6. 1992. Hierauf gründet sich die Überzeugung des Gerichts, daß (unter Anrechnung einer unstreitigen Zahlung des Beklagten in Höhe von 4.994,20 DM) die Honorarforderung des Klägers sich noch auf 3.809,37 DM abzüglich am 7. 8. 1990 weiter gezahlter 1.050,97 DM beläuft.

Nach der ständigen Rechtsprechung des Oberlandesgerichts Düsseldorf (auch des früher zuständigen 18. Senats) ist für die Gebührenforderung eines Steuerberaters im Regelfall von der Mittelgebühr auszugehen. Je nach den Umständen des Einzelfalles ist diese anzuheben oder niedriger anzusetzen. Dabei sind die vorgesehenen Höchst- oder Mindestsätze die jeweiligen Grenzwerte. Der Gutachter beschreitet zwar einen etwas anderen Weg. Er geht von der Mindestgebühr als dem Steuerberater grundsätzlich zustehende Gebühr aus und kommt dann unter Berücksichtigung von individuellem Arbeitseinsatz, Betriebsausgaben und Schwierigkeitsgrad der Arbeit zu der innerhalb des Gebührenrahmens für den konkreten Fall letztlich angemessenen Gebühr. Diese Methode führt jedenfalls vorliegend zum gleichen Ergebnis wie diejenige, welche die Rechtsprechung entwickelt hat. Die Berechnung des Gutachters, die in sich schlüssig und daher überzeugend ist, kann mithin ohne Bedenken übernommen werden. Das gilt um so mehr, als der Sachverständige ergänzend angemerkt hat, die vom Kläger gewählten bzw. von ihm (Gutachter) übernommenen oder angesetzten Gebühren lägen in der Regel im mittleren und unteren Bereich des Gebührensatzes.

Die Rechnung des Klägers über **Buchführungs- und Abschlußarbeiten** ist nach dem Gutachten des Sachverständigen von 6.801,35 DM auf richtig 6.028,20 DM zurückzuführen. Unter Abzug der hierauf unstreitig gezahlten 4.954,20 DM verbleibt eine Restforderung von 1.074 DM. Soweit der Beklagte hiergegen einwendet, der Kläger selbst habe wegen der guten Vorarbeiten seiner (des Beklagten) Ehefrau die Buchführungsgebühr mit der Flächengebühr als abgegolten angesehen und deshalb dürfe – anders als durch den Gutachter geschehen – die Umsatzgebühr nicht zusätzlich in Ansatz gebracht werden, vermag sich der Senat dem nicht anzuschließen. Der Sachverständige hat die für die Leistungen des Klägers angemessenen Gebühren ermittelt und in diesem Rahmen auch

das Ordnen der Belege einbezogen. Dies ist aber nur einer aus einer Reihe von mehreren Einzelpunkten, welche der Sachverständige zur Ermittlung der angemessenen Gebühr berücksichtigt hat. Wenn er aus dem vorgegebenen Gebührenrahmen von 3/10 bis 20/10 einen Satz von 10/10 in seiner Berechnung als angemessen bezeichnet hat, so liegt er damit sogar unter der Mittelgebühr von 11,5/10. Deshalb, aber auch, weil eine gewisse Vorordnung von Belegen seitens des Steuerpflichtigen ohnehin selbstverständlich ist, folgt der Senat dem Gutachten.

Dies gilt ferner für dessen Überprüfung der weiteren Rechnung des Klägers betreffend die **Einkommensteuererklärung** 1988 u. a. Der Beklagte beanstandet hieran zu Unrecht, der Gutachter habe darin fälschlich das Grundvermögen mit dem bei Rechnungserstellung bekannten Einheitswert von 1.059.700 DM angesetzt und auf dieser Grundlage seine Gebühren ermittelt. Dem lag unstreitig der damalige Bescheid des Finanzamtes zugrunde. Der vom Beklagten überreichte spätere Bescheid weist zwar einen niedrigeren Einheitswert auf, läßt aber nicht erkennen, daß die angegebenen Flächen mit denen des früheren Bescheides identisch sind. Schon deshalb ist die Rechnung des Klägers in diesem Punkt nicht zu beanstanden. Außerdem führt eine Berichtigung des Einheitswertes lange Zeit nach Beendigung der Arbeiten des Steuerberaters nicht zwangsläufig zu einer Korrektur von dessen Honorarforderung. Dies gilt desgleichen, wenn man § 45 StBGebV entsprechend heranzieht und demzufolge an § 7 GKG anknüpft. Die dort vorgesehene 3-Monats-Frist ist verstrichen. Der neue Bescheid trägt das Datum 5. 9. 1990. Es ist nichts dafür ersichtlich, daß der Beklagte dem Kläger den neuen Wert rechtzeitig mitgeteilt hat. Erstmalige Erwähnung findet dieser Umstand im Schriftsatz des Beklagten vom 30. 6. 1992. – Mithin steht dem Kläger aus der zweiten Rechnung ebenfalls die vom Gutachter als angemessen ermittelte Gebühr von 2.735,37 zu. Dies ergibt zusammen mit der oben bereits erörterten berechtigten Forderung aus der ersten Rechnung des Klägers in Höhe von 1.074 DM eine Gesamtforderung von 3.809,37 DM – allerdings abzüglich der am 7. 8. 1990 unstreitig vom Beklagten weiter gezahlten 1.050,97 DM. Ein weiterer Honoraranspruch steht dem Kläger jedoch nicht zu. Insoweit muß die Klage abgewiesen werden.

Die Kritik des Klägers am Gutachten des Sachverständigen ist verspätet und kann deshalb keine Berücksichtigung finden. Das Gutachten lag dem Kläger länger als acht Monate vor, als er nur drei Tage vor dem Senatstermin den Schriftsatz v. 22. 3. 1993 einreichte. Zu diesem Zeitpunkt waren vorbereitende Maßnahmen (Ladung des Sachverständigen zur mündlichen Erläuterung), wodurch die Verspätung noch hätte abgewandt werden können, nicht mehr möglich. Ein so verspätetes Vorbringen beruht auf grober Nachlässigkeit der Partei und ist gemäß § 296 Abs. 3 ZPO zurückzuweisen.

Treuhand- und Steuerberatungsvertrag

- Bauherrenmodell
 - Einkunftserzielungsabsicht
 - Rückkaufangebot des Treuhänders
- (OLG Düsseldorf, Urt.v. 29.4.1993 – 13 U 188/92)

Leitsätze (d.Verf.):

Das Rückkaufangebot des Veräußerers einer Eigentumswohnung im Bauherrenmodell genügt nicht dafür, die Einkunftserzielungsabsicht des Erwerbers in Zweifel zu ziehen. Denn der Erwerber ist nicht verpflichtet, das Objekt zu veräußern.

Aus den Gründen:

I.

Die Berufung der Kläger hat insoweit Erfolg, als dem Grunde nach ein Schadenersatzanspruch aus positiver Vertragsverletzung des zwischen den Parteien geschlossenen Treuhand- bzw. Steuerberatungsvertrages zu bejahen ist, soweit den Klägern die Möglichkeit genommen wurde, in dem Veranlagungszeitraum von 1984 bis 1986 die aus dem Erwerb der Eigentumswohnung in K. herrührenden Verluste aus Vermietung und Verpachtung steuermindernd geltend zu machen. Für die Zeit ab 1987 waren die Kläger dagegen nicht gehindert, die Verluste steuerlich abzusetzen. Ein gegen die Beklagte gerichteter Schadenersatzanspruch steht den Klägern insoweit nicht zu. Der Senat hält es für sachdienlich, hierüber durch Grund- und Teilurteil vorab zu entscheiden.

II.

Die Beklagte hat die aufgrund der Verträge vom 29.11. / 28.12.1984 den Klägern gegenüber bestehenden Pflichten verletzt.

1. Allerdings war es **nicht pflichtwidrig, wenn der damalige Geschäftsführer am 17.12.1984 den Klägern gegenüber die notariell beurkundete Verpflichtung einging, die Eigentumswohnung nach Ablauf der fünfjährigen Mietzeit auf ein entsprechendes Verkaufsangebot der Kläger hin zu erwerben.** Das Finanzamt für Großbetriebsprüfung K. II hat in dem Bericht vom 12.7.1989 die Rückkaufverpflichtung zwar zum Anlaß genommen, die **Einkunftserzielungsabsicht** der Kläger in Zweifel zu ziehen und den aus der Zeichnung des Objekts herrührenden Verlust

nicht als Werbungskosten anzuerkennen. Dieser Rechtsauffassung ist für den damaligen Zeitpunkt nicht zu folgen. Voraussetzung für die Anerkennung der Steuervorteile aus der Beteiligung an einem Bauherrenmodell war die Gewinnerzielungsabsicht des Steuerpflichtigen. Der Erlaß des Bundesministers der Finanzen vom 13. 8. 1981 (BStBl 1981, Teil I, S. 604) gibt hierzu keine weiteren Erläuterungen. Allgemein zum Begriff der Gewinnerzielungsabsicht äußert sich die **Richtlinie Nr. 134 b zu § 15 EStG**: Danach ist eine Gewinnerzielungsabsicht zu verneinen, wenn eine Beteiligung auf einen absehbaren Zeitraum begrenzt ist und für diesen Zeitraum von vornherein nicht mit einer Mehrung des Betriebsvermögens zu rechnen ist. Die zeitliche Begrenzung soll sich nach dem weiteren Wortlaut der Richtlinie aus den Umständen des Einzelfalls ergeben. Nach dem **Urteil des Finanzgerichts Rheinland-Pfalz vom 4. 4. 1991** muß bei Einkünften aus Vermietung und Verpachtung der Steuerpflichtige die Absicht haben, ein positives steuerliches Gesamtergebnis innerhalb der voraussichtlichen Dauer der Vermögensnutzung zu erreichen. Der Umstand, daß der Treuhänder ein bindendes Ankaufsangebot gemacht hat, reicht nach der Ansicht des genannten Urteils nicht aus, um die Gewinnerzielungsabsicht des Erwerbers zu verneinen: Denn dieser sei nicht verpflichtet, nach Ablauf von fünf Jahren das Objekt zu veräußern. **Daß das im Fall der Kläger zuständige Finanzgericht K. anders entschieden hätte, ist nicht bekannt und wird insbesondere auch von der Beklagten nicht behauptet.** Das Finanzgericht K. hat die Klage der Kläger vielmehr als unzulässig abgewiesen, ohne auf die eigentliche Streitfrage einzugehen. Die Unterbreitung des Rückkaufsangebotes durch den Geschäftsführer der Beklagten war daher für sich betrachtet nicht fehlerhaft.

2. Eine Verletzung der gegenüber den Klägern bestehenden Fürsorgepflichten ist jedoch darin zu sehen, **daß die Beklagte das finanzgerichtliche Verfahren nachlässig betrieben und so eine den Klägern nachteilige Entscheidung des Finanzgerichts K. herbeigeführt hat.** Die Beklagte unternimmt in diesem Zusammenhang nicht den Versuch, die verspätete Vorlage der Prozeßvollmacht zu entschuldigen. **Im Anschluß an die Rechtsprechung des Finanzgerichts Rheinland-Pfalz hätten die Kläger den Feststellungsbescheid und die nachfolgenden Einkommensteuerbescheide für 1984 bis 1986 mit Erfolg angreifen können, soweit hierin die Verluste aus Vermietung und Verpachtung jeweils mit ODM angesetzt wurden.** Eine der steuerlichen Anerkennung entgegenstehende fehlende Gewinnerzielungsabsicht der Kläger folgt auch nicht aus dem im Dezember 1990 an den früheren Geschäftsführer Sch. gerichteten Verkaufsverlangen. Angesichts der zeitlichen Reihenfolge reicht die erklärte Verkaufsabsicht der Kläger nicht aus, um eine

von vornherein beabsichtigte zeitliche Begrenzung der Objektnutzung und damit die fehlende Gewinnerzielungsabsicht feststellen zu können. Denn zuvor hatten die Kläger nach Bekanntwerden des Vorbescheids des Finanzgerichts K. v. 20. 8. 1990 erfahren müssen, daß die von der Beklagten in Aussicht gestellten steuerlichen Vorteile nicht zu erreichen waren. Damit war die wirtschaftliche Grundlage für den Erwerb der Eigentumswohnung in K. entfallen. Waren aber die erhofften Steuervorteile nicht zu erzielen, dann bestand für die Kläger keine Notwendigkeit, an dem Objekt festzuhalten:

4. Mit Erfolg beruft die Beklagte sich jedoch darauf, daß eine etwaige Falschberatung sich nur auf den Zeitraum bis Ende 1986 erstreckt. Insoweit haben die Parteien in der mündlichen Verhandlung vor dem Senat klargestellt, daß der zu Lasten der Kläger ergangene Feststellungsbescheid sich nicht auf den Zeitraum ab Beginn der sog. Vermietungsphase erstreckt. Dementsprechend sind die Ersatzansprüche der Kläger auf den Zeitraum bis Ende 1986 zu beschränken. Die darüber hinausgehende Klage ist nicht begründet.
5. Indessen steht die Höhe des den Klägern zu ersetzenden **Schadens** derzeit noch nicht fest. Dies führt allerdings nicht dazu, daß die Klage, wie das Landgericht entschieden hat, insgesamt der Abweisung unterliegt. Zunächst ist zu berücksichtigen, daß die Parteien derzeit vorwiegend darüber streiten, ob die Beklagten durch pflichtwidriges Verhalten den Klägern einen Schaden zugefügt haben. Der Vorwurf des Landgerichts, die Kläger hätten trotz entsprechenden Hinweises die Höhe des geltend gemachten Schadens nicht dargelegt, ist nicht gerechtfertigt. Zweifelhaft ist bereits, ob der handschriftliche Vermerk ohne Datum auf Bl. 121 Rückseite der Gerichtsakten über ein mit dem Büro des Prozeßbevollmächtigten der Kläger geführtes Telefongespräch den Anforderungen eines Hinweises nach § 139 ZPO genügt. Überdies haben die Kläger das vom Berichterstatter angeforderte Schreiben der ARVE vorgelegt. Wenn das Landgericht dieses Schreiben als unzureichend wertete, hätte es gegebenenfalls eines neuen Hinweises bedurft. Den Klägern ist daher Gelegenheit zu geben, durch Vorlage etwa der Steuererklärungen und Steuerbescheide nebst Anlagen für die Jahre 1984 bis 1986 den Schaden nachvollziehbar darzulegen. Etwaige dann noch bestehende Unklarheiten können mit sachverständiger Hilfe ausgeräumt werden. Zu diesem Zweck ist der Rechtsstreit gemäß § 538 Abs. 1 Nr. 3 ZPO an das Landgericht zurückzuverweisen. Lediglich hinsichtlich des Schadens, der sich auf den Zeitraum ab 1. 1. 1987 bezieht und den die Kläger auf insgesamt 60.248 DM beziffert haben, verbleibt es bei der vom Landgericht ausgesprochenen Abweisung der Klage.

Honorarforderung

- Tilgungsvereinbarung
- Verrechnung der Zahlung

(OLG Düsseldorf, Urt. v. 17.12.1992 – 13 U 98/92 – rkr.)

Leitsatz:

Leistet der Auftraggeber auf die Honorarforderung des Steuerberaters einen Betrag, der zum Ausgleich der Gesamtforderung nicht ausreicht, dann entspricht es mangels einer anderweitigen Bestimmung des Schuldners dem mutmaßlichen Willen der Vertragsparteien, den gezahlten Betrag zunächst auf die bereits endgültig abgerechneten Honorarforderungen und sodann den als Vorschuß verbleibenden Restbetrag auf die nächstnachfolgenden endgültigen Abrechnungen anzurechnen.

.....

Als Zwischenergebnis ist festzustellen, daß der Beklagte am 25. 8. 1990 der Klägerin insgesamt 32.039,24 DM schuldete, davon 12.039,24 DM für bereits abgerechnete Steuerberatungstätigkeit endgültig und weitere 2 x 10.000 DM als Vorschuß vorbehaltlich späterer Abrechnung.

2. Zur Tilgung einer Verbindlichkeit von 32.039,24 DM reichte die Zahlung des Drittschuldners in Höhe von 22.529,25 DM nicht aus. **Die Anrechnung hat demnach nach Maßgabe von § 366 BGB zu erfolgen**, wobei eine etwaige Tilgungsvereinbarung der Parteien Vorrang hat (Palandt/Heinrichs, § 366 BGB, Rdnr. 5). Eine derartige Vereinbarung wird jedoch nicht behauptet und hat auch in dem Abtretungsvertrag vom 25. 8. 1990 keinen Ausdruck gefunden. Ohne Erfolg wendet der Beklagte ein, eine Bestimmung im Sinne von § 366 Abs. 1 BGB getroffen zu haben. Im Schriftsatz vom 25. 9. 1991 hat er dazu ausgeführt, der Betrag von 22.529,25 DM habe allein auf seine persönlichen Schulden verrechnet werden sollen, weswegen auch die Erwähnung der Schuldsumme von 17.427,62 DM an erster Stelle erfolgt sei. Diese Erwägungen enthalten jedoch keine Tilgungsbestimmung. Denn sie beruhen auf der unzutreffenden Annahme, daß der Beklagte lediglich 17.427,62 DM geschuldet habe und daß der Restbetrag von rund 5.000 DM auf Außenstände für Rechtsberatkungskosten habe verwendet werden sollen. Selbst wenn die Parteien hierüber gesprochen haben, so haben entsprechende Überlegungen keinen Eingang in den Inhalt der Abtretungsvereinbarung gefunden. Dort jedoch anerkannte der Beklagte

ohne jede Einschränkung, der klagenden Steuerberatungsgesellschaft 32.039,24 DM zu schulden. Nr. 1 der Abtretungsvereinbarung ist ihrem Wortlaut nach so eindeutig, daß sie einer Auslegung dahin, daß ein Teil der abgetretenen Forderung auf Verbindlichkeiten aus rechtsberatender Tätigkeit anzurechnen gewesen sei, nicht zugänglich ist. Daher ist auch auf den Beweisantritt für die Behauptung, der Geschäftsführer der Klägerin habe erklärt, von den abgetretenen 22.000 DM würden 17.000 DM auf Steuerberatungsschulden und 5.000 DM auf Rechtsberatungsschulden entfallen, nicht nachzugehen, zumal hierin keine Bestimmung des **Schuldners** zu sehen ist.

3. Mangels einer vereinbarten Tilgungsreihenfolge und einer Bestimmung des Schuldners im Sinne von § 366 Abs. 1 BGB hat die Verrechnung oder Anrechnung nach Maßgabe von Absatz 2 der genannten Vorschrift zu erfolgen. Demnach ist zunächst auf die Reihenfolge der Fälligkeit der einzelnen Verbindlichkeiten abzustellen. Im Zeitpunkt der Abtretungsvereinbarung war der gesamte Betrag von 32.039,24 DM fällig, davon aber 20.000 DM nur als Vorschuß. Das Gesetz kennt an sich keine Fälligkeit minderer Art. § 366 Abs. 2 BGB ist allerdings Ausdruck dessen, was der Schuldner vermutlich vernünftigerweise gewollt hätte (Palandt a.a.O., Rdnr. 71). Demnach ist davon auszugehen, daß die 22.529,25 DM zunächst mit den bereits durch Abrechnung ermittelten Beträgen von 12.030,24 DM zu verrechnen waren. Die danach verbleibenden 10.490,91 DM reichten zur Deckung der beiden Vorschußanforderungen über jeweils 10.000 DM nicht aus. Dieser Umstand war den Parteien bei Abschluß der Vereinbarung bekannt. In ihrem Interesse lag es daher, den Vorschuß von 10.490,91 DM jeweils auf die durch die nachfolgenden Rechnungen endgültig fällig werdenden Beträge zu verrechnen. Durch die Rechnungen v. 13. 9. 1990 und v. 17. 10. 1990 wurden weitere 9.956,07 DM verbraucht, so daß ein Restvorschuß von 533,94 DM verblieb. Die von der Klägerin vorgenommene anderweitige Verrechnung eines Teilbetrages von 43,93 DM widerspricht der Abtretungsvereinbarung, durch die der Zweck der Abtretung festgelegt wurde, und ist daher unwirksam. Aus den drei Rechnungen v. 13. 11. 1990 über insgesamt 7.316,40 DM verbleibt nach Abzug des Restvorschusses von 533,94 DM sowie der Gutschrift von 358,81 DM eine Restforderung von 6.423,95 DM. In dieser Höhe ist die Klage begründet.

Honoraranspruch

- Prüfung des Jahresabschlusses
 - Fehlbetrag zur Prüfungspflicht
- (OLG Düsseldorf, Urt.v. 12. 3. 1992 – 13 U 152/91)

Leitsatz:

Im Falle der Verschmelzung, Umwandlung oder Neugründung einer Kapitalgesellschaft sind für die Beurteilung, ob eine Prüfung des Jahresabschlusses zu erfolgen hat, allein die Verhältnisse am ersten Abschlußstichtag maßgebend. Auf die wirtschaftlichen Verhältnisse des Unternehmens vor der Verschmelzung, Umwandlung oder Neugründung kommt es dabei nicht an (vgl. Glade, Rechnungslegung und -prüfung nach den Bilanzrichtlinien, § 267 HGB Rn. 28; Heymann/Jung, HGB, § 267 Rn. 18).

I.

Ein Honoraranspruch in Höhe von 26.931,20 DM für die Prüfung des Jahresabschlusses 1989 gemäß Rechnung v. 3. 5. 1989 stand dem Ehemann der Klägerin zu. Dies bedeutet, daß die Klage in Höhe eines Teilbetrages von 6.931,20 DM unbegründet, die auf Zahlung von 20.000 DM gerichtete Widerklage hingegen begründet ist.

Der vom Ehemann der Klägerin gegenüber der Beklagten ausgesprochene Hinweis, der Jahresabschluß 1988 bedürfe einer Prüfung, war falsch. **Bei richtiger Beratung waren die Kosten für die Prüfung in Höhe von 26.080 DM zuzüglich Mehrwertsteuer vermeidbar.** Insoweit hat das Landgericht zu Recht angenommen, **daß der Ehemann der Klägerin sich wegen fehlerhafter Beratung schadenersatzpflichtig gemacht hat.**

Aus § 267 Abs. 4 S. 2 HGB geht eindeutig hervor, daß die seit dem 1. 1. 1988 tätige GmbH am 31. 12. 1988 nicht der Prüfpflicht unterlag. Denn die Gesellschaft erfüllte zu diesem Stichtag zwei der in § 267 Abs. 1 HGB genannten Merkmale nicht: Die Bilanzsumme lag unter 3.900.000 DM und die Beklagte beschäftigte im Jahresdurchschnitt weniger als 50 Arbeitnehmer. Im Falle der Verschmelzung, Umwandlung oder Neugründung einer Kapitalgesellschaft sind allein die Verhältnisse am ersten Abschlußstichtag maßgebend (Glade, Rechnungslegung und -prüfung nach dem Bilanzrichtliniengesetz, § 267 HGB Rdnr. 28; Heymann/Jung, HGB, § 267 Rdnr. 18). Das Gesetz stellt somit gerade nicht auf die wirtschaftlichen Verhältnisse des Unternehmens vor der Neugründung oder Umwandlung ab.

Der Ehemann der Klägerin hat indessen auch in einem weiteren Punkt pflichtwidrig gehandelt: Er hat die Prüfung des Jahresabschlusses 1988 vorgenommen, obwohl er von dieser Tätigkeit kraft Gesetzes ausgeschlossen war: Gemäß § 319 Abs. 2 Nr. 5 HGB **darf nicht Abschlußprüfer sein, wer bei der Führung der Bücher oder bei der Aufstellung des zu prüfenden Jahresabschlusses mitgewirkt hat.** Dieser Vorschrift liegt der Gedanke zugrunde, daß ein Prüfer nach nationalen und internationalen Berufsgrundsätzen als befangen ausscheidet, wenn er einen Tatbestand zu bewerten hat, an dessen Zustandekommen er maßgeblich mitgewirkt hat (Glade a.a.O., § 319 Rdnr. 20; Heymann a.a.O., § 319 Rdnr. 4). Dagegen wird eine Mitwirkung in diesem Sinne verneint, wenn der Prüfer auf die Buchführung lediglich einwirkt, beispielsweise Änderungen verlangt, von denen die Erteilung des Testates abhängig sein soll (Heymann a.a.O.). In aller Regel wird dies dazu führen, daß der mit der fortlaufenden Beratung beauftragte Steuerberater von der Prüfung ausgeschlossen ist. Denn die Hilfeleistung bei der Erfüllung der Buchführungspflichten gehört zum Kernbereich der Tätigkeit eines Steuerberaters (Gehre, Steuerberatungsgesetz, § 33 Rdnr. 8). Die Klägerin selbst trägt in diesem Zusammenhang vor, daß ihr Ehemann die Warenbestandsaufnahme kontrolliert und die Saldenbestätigungen bearbeitet hat. Damit hat der Ehemann bei der Führung der Bücher (gemeint sind damit die Handelsbücher im Sinne von § 238 f HGB) mitgewirkt und war bereits deshalb von der Prüfungstätigkeit ausgeschlossen. Auf die von den Parteien weiterhin angesprochene Frage, ob und in welchem Umfang der Ehemann der Klägerin darüber hinaus an der Aufstellung des Jahresabschlusses mitgewirkt hat, kommt es daher nicht mehr an.

II.

Für die von der Rechnung vom 22. 2. 1989 über 2.877,13 DM erfaßten Leistungen steht der Klägerin gleichfalls kein Vergütungsanspruch zu.

Die Rechnung trägt den handschriftlichen Vermerk „**Abschluß 87**“ und bezieht sich auf Steuererklärungen und Abschlußarbeiten für das Geschäftsjahr 1987. Für diese Arbeiten stand dem Ehemann der Klägerin jedoch kein gesonderter Honoraranspruch zu. Denn für Arbeiten, die sich auf das Geschäftsjahr 1987 beziehen, galt noch die Pauschalhonorarvereinbarung vom 2. / 22. 1. 1986, die ausdrücklich für die Jahresabschlüsse und sämtliche Steuererklärungen getroffen worden war. § 14 Abs. 2 Nr. 1 StBGebVO stand der Wirksamkeit der Pauschalvereinbarung nicht entgegen, weil es sich bei den Erklärungen zur Umsatz-, Gewerbe- und Körperschaftssteuer um regelmäßig wiederkehrende Steuererklärungen handelte. Auch hat die Klägerin nicht dargelegt, ob und in welchem

Umfang das Rumpfgeschäftsjahr 1987 zu einer Mehrarbeit bei der Erledigung der Aufgaben des Steuerberaters geführt hat. Die jetzt bestehende GmbH hat erst zum 1.1.1988 den Betrieb aufgenommen, so daß die frühere Kommanditgesellschaft das Geschäftsjahr 1987 praktisch mit dem Kalenderjahr identisch war. Insoweit hätte es einer näheren Darlegung bedurft, daß der Steuerberater eine von der Pauschalvergütung nicht erfaßte Mehrleistung erbracht hat.

III.

Jedoch kann die Klägerin aus der Rechnung v. 9. 5. 1989 über 1.894,57 DM Zahlung eines Betrages von 1.872,56 DM verlangen. Gegenstand der Rechnung war die Erstellung einer Vermögensaufstellung auf den 1. 1. 1989, die Ermittlung des Sachanlagevermögens, des Umlaufvermögens, der Wertberichtigung auf Forderungen, der Rückstellungen der Verbindlichkeiten mit einer Laufleistung von mindestens vier Jahren sowie der übrigen Verbindlichkeiten. Hinzu kam die Ermittlung der aktiven und passiven Rechnungsabgrenzungen. Derartige Leistungen wurden von der Pauschalvergütung nach § 14 Abs. 2 Nr. 1 StBGebVO nicht erfaßt. Gerade mit Rücksicht auf die ab 1988 geltenden Änderungen der Vertragsbeziehungen zwischen dem Ehemann der Klägerin und der Beklagten kann nicht festgestellt werden, daß es sich um jährlich wiederkehrende Steuererklärungen für die Gesellschaft gehandelt hat.

.....

GI Leitsätze

Einspruch / Zugang / Beweismöglichkeiten

Ist ein Einspruchsschreiben aufgrund von Zeugenaussagen rechtzeitig zur Post gelangt, so ist bei richtiger Adressierung mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit anzunehmen, daß das Schreiben dem Finanzamt zugegangen ist. Es kann vom Steuerpflichtigen nicht verlangt werden, daß er seinen Einspruch mit Einschreiben versendet.

(FG Köln, Urt. v. 15. 2. 1993 – 3 K 3432/92 LEXINFORM 0102894, Steuertext: 4418)

Rechtsberatung / Kindergeldsachen

Steuerberater dürfen ihre Mandanten in Kindergeldsachen nicht vor Gericht geschäftsmäßig vertreten. Das Kindergeldrecht nach dem Bundeskindergeldgesetz ist nicht Bestandteil der Rechtsgebiete, in denen Steuerberater zur Rechtsbesorgung in fremden Angelegenheiten befugt sind.

GI Hinweise

Die 9. Auflage des Standardwerks von Knobbe-Keuk, Unternehmens- und Bilanzsteuerrecht, liegt vor. Die Veränderungen der Steuergesetze, der Rechtsprechung und der Verwaltungsanweisungen haben eine grundlegende Neubearbeitung des Buches erforderlich gemacht. Das Steueränderungsgesetz 1992 sowie das Standortsicherungsgesetz ist bereits eingearbeitet worden. Beibehalten wurde die bewährte Konzeption dieser grundlegenden und systematischen Darstellung des Bilanz- und Unternehmenssteuerrechts. Grundlegend überarbeitet wurden die Abschnitte zu den Themen: Umgekehrte Maßgeblichkeit, Sonder-Betriebsvermögen, mittelbare Beteiligung an Personengesellschaften, negatives Kapitalkonto des Kommanditisten, vorweggenommene Erbfolge, Erbauseinandersetzung, einbringungsgeborene Anteile. Neu aufgenommen wurden Ausführungen zu den Themen: Steuerbilanzwerte in Vermögensaufstellungen, Umweltschutz in der Bilanz, Umsetzung der Fusionsrichtlinie und der Mutter-Tochter-Richtlinie.

(Knobbe-Keuk: Unternehmens- und Bilanzsteuerrecht, Verlag Dr. Otto Schmidt KG Köln, 1155 Seiten, Leinen 162,- DM, ISBN 3-504-20066-9; Paperback 142,- DM, ISBN 3-50420067-7)

Stichwort- und Entscheidungsverzeichnis (Heft 1, 1994)

Bauherrenmodell			
- Einkunftserzielungsabsicht	94, 19	= nach Umwandlung	94, 24
= Rückkaufangebot			
Belehrungspflicht d. Notars		Rechtsberatung	94, 26
- Genehmigungspflicht, § 12 GrdstVG, § 19 BBauG	94, 2	- Kindergeldsache	
Beweislast		Steuerberaterkammer	94, 2
- unterlassene Aufklärung/Belehrung	94, 3	- Merkblatt, Lohnsteuerberatung	
= Beweisvermutung		Unterschrift	94, 12
- Kausalität	94, 4	- Klagschrift	
= z. Pflichtverletzung u. Schaden	94, 26	Verjährung (§ 852 BGB, § 19 BNotO)	94, 2
- Zugang beim FA		- Feststellungsinteresse, künftiger Anspruch	
Erfüllungsgehilfe		- Kenntnis d. Schadens	
- Notar/Beteiligter	94, 2	Zugang	94, 26
Feststellungsklage		- Beweis d. -	
- künftiger Anspruch	94, 2		
Honoraranspruch d. StB		BGH v. 15. 10. 1992 - IX ZR 43/92	94, 2
- Aufrechnung		= VersR 1993, 358	
= mit n. fälliger Honorarforderung	94, 14	BGH v. 22. 10. 1992 - V ZR 112/92	94, 12
- Einforderbarkeit, § 9 StBGebV	94, 14	BGH v. 6. 5. 1993 - I ZR 183/91	94, 2
= im Prozeßvortrag	94, 16	= StB 1993, 422	
- Erfüllung		BGH v. 30. 9. 1993 - IX ZR 73/93	94, 3
= kein Verrechnungshinweis	94, 22		
- Gebührenrahmen, § 11 StBGebV	94, 22	OLG Düsseldorf v. 12. 3. 1992 - 13 U 152/91	94, 24
= Mittelgebühr	94, 16	OLG Düsseldorf v. 17. 12. 1992 - 13 U 98/92 - rkr.	94, 22
- Pauschalgebühr, § 14 StBGebV	94, 14	OLG Düsseldorf v. 29. 4. 1993 - 13 U 188/92	94, 19
- Tilgung	94, 14	OLG Düsseldorf v. 6. 5. 1993 - 13 U 86/91	94, 16
= kein Verrechnungshinweis	94, 22	OLG Düsseldorf v. 15. 7. 1993 - 13 U 245/92	94, 14
Kausalität			
- Beratungsfehler	94, 3	FG Köln v. 15. 2. 1993 - 3 K 3432/92	94, 26
- Beweislast	94, 3	= LEXINFORM 0102894	
Prüfungspflicht		= Steuertex: 4418	
- d. Jahresabschlusses			